

Bittere Bilanz - nach mehr als vierzig Jahren!

Die „**Empfehlung zur Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen**“ ist 1968 unter dem Vorsitz von Dr. iur. h. c. Hellmut Becker im „*Unterausschuss ‚Experimentalprogramm‘*“ vorbereitet und dann im Januar 1969 durch die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates verabschiedet worden. Weitere Mitglieder des Ausschusses waren Hartmut von Hentig, Hans G. Rolff, Peter M. Roeder und Jürgen Raschert als Sekretär. Vom Ergebnis dieser Schulversuche hatte man sich und anderen viel versprochen.

Auf den ersten Seiten der „*Empfehlung*“ werden hintereinander die fünf „*Motive*“ referiert, die als Argumente für die Einrichtung der Schulversuche vorgetragen worden waren. Aber es werden anschließend dann jeweils auch die von den Gegnern der Schulversuche vorgetragenen Bedenken als „*Einwände gegen die Gesamtschule*“ referiert (Quelle: *Deutscher Bildungsrat: Empfehlungen der Bildungskommission 1967-1969*, Stuttgart 1970, S.21-30).

Es ist im Rückblick schon erstaunlich, über welche Vorbehalte sich die Initiatoren der Gesamtschule damals hinweggesetzt haben. Unter den 21 Mitgliedern der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates war allerdings, darauf hatte Christoph Führ schon 1976 hingewiesen, kein einziger Erziehungswissenschaftler aus dem universitären Bereich und nur ein Pädagoge aus dem Schulbereich. Heinrich Roth (geb. 1906) war von 1934 bis 1945 Heerespsychologe gewesen (s. Böhm: „*Das System Hellmut Becker - Wie die Gesamtschule in die deutschen Länder kam*“, 2012, S.22, unter „Zur aktuellen Diskussion.“) Der von Roth propagierte „dynamische Begabungsbegriff“ war das Dogma der Reformen (s. Fend 1987, unter „Unbeachtete Publikationen“)

Hier nun zur Erinnerung neben den „*Motiven für die Einrichtung von Gesamtschulen*“ auch die in der „*Empfehlung*“ referierten „*Einwände gegen die Gesamtschule*“. (Die auf den Seiten 30-32 beschriebenen „*Aufgaben der versuchsbegleitenden Forschung*“ sind ein Thema für sich.)

„Motive für und Einwände gegen die Gesamtschule“

1. Motiv: Die Gesamtschule sollte „eine wissenschaftliche Schule für alle“ sein.

Begründung: „*Bildung, die ein realitätsgerechtes Verhalten des Individuums in der modernen Welt gewähren soll, kann nicht mehr durch vorwissenschaftliche Traditionen, seien sie volkstümlicher oder literarischer Art, vermittelt werden. [...] Dies gilt keineswegs nur für die sogenannten Führungspositionen der Gesellschaft, sondern für jedermann, wenn man an dem Anspruch festhält, dass jeder die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sein Leben mitbestimmen, rational verstehen soll. Die Schule muss in jedem Fach die Beziehung zur Wissenschaft herstellen. [...]*“ (S.21)

Kommentar: Offenbar sollte aus dem Kopf heraus die Schule völlig neu erfunden werden: nach einem wissenschaftlich erstellten Konzept, unter Verzicht auf Kontinuität und bisherige Erfahrungswerte. Alfons Otto Schorb hat das 1980 mit bemerkenswerter Unterscheidung beschrieben.

Das Wort „*wissenschaftlich*“ verschwand schon sehr früh aus dem Etikett. Obgleich sich ebenfalls recht bald, z.B. in den Untersuchungen der „Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)“ herausstellte, dass an den Gesamtschulen sowohl die leistungsstärkeren wie auch die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler nicht begabungsgerecht gefördert werden können, blieb das „*für alle*“ nach wie vor im Programm. Und das Lernziel „*realitätsgerechtes Verhalten*“ wurde zu einem persönlichen Problem der Befürworter von Gesamtschulen in Parteien und Verbänden.

„Einwände gegen die Gesamtschule“: „Das Konzept einer gemeinsamen wissenschaftsorientierten Schule für alle Schüler könnte jedoch auch die Gefahr mit sich bringen, dass eine Überforderung vieler Schüler erfolgt, die zu Frustrationen der weniger geeigneten Schüler und zu einer ungenügenden Förderung der für das wissenschaftlichen Denken wirklich befähigten Schüler führt.

Zwischen der praktischen Anwendung vorgegebener wissenschaftlicher Erkenntnisse, die in unserer Gesellschaft heute wenigstens in einem Mindestmaß in jedem Beruf geleistet werden muss, und einer produktiven wissenschaftlichen Arbeit bestehen große qualitative Unterschiede.

Es wäre möglich, dass in einer gemeinsamen Schule für alle Schüler in der Mittelstufe die für das produktive wissenschaftliche Denken besonders befähigten Schüler nicht frühzeitig genug gefördert werden können.“ (S.22/23)

2. Motiv: Die Gesamtschule sollte zur „Individualisierung des Lernens“ führen.

Begründung: „Obwohl das dreiteilige Schulsystem sich bis heute immer stärker differenziert hat, besteht es immer noch aus einem System von Schulzweigen. Im Rahmen des Schulzweiges sind dem Schüler nur geringe Individualisierungsmöglichkeiten gegeben, weil der Lehrplan jeweils weitgehend fixiert und für alle Schüler verbindlich ist. [...]

Durch die Individualisierungsmöglichkeiten, die dem Schüler nach der Aufhebung starrer Schulzweige mit einem differenzierten Kursangebot angeboten werden, sind Lernanreize gegeben, die der verbreiteten Schulpassivität entgegenwirken können.“

Kommentar: Durch die differenzierten Kursangebote entstand dann das, was Helmut Fend 1997 in seinem Soester Vortrag „eine Ökologie der Anonymität“ genannt hat. Unsere Kurz-Fassung des Problems: Immer mehr Lehrer sind in immer weniger Stunden für immer mehr Schüler zuständig.

„Einwände gegen die Gesamtschule“: „Die Auflösung von Schulzweigen mit jeweils einem verbindlichen Fächerkanon und die Möglichkeit der individuellen Kurswahl in der Gesamtschule könnte jedoch auch die Gefahr mit sich bringen, dass Schüler in allzu großer Beliebigkeit das ihnen Zusagende auswählen. [...]

Problematisch erscheint die Einführung der Wahldifferenzierung in der Mittelstufe besonders dann, wenn der Schüler die Fachbereiche, die er aus- und abwählen kann, nicht hinreichend kennt, um überhaupt eine aufgeklärte Wahl treffen zu können. Letztlich bedarf es für eine rationale Weltorientierung eines Mindestbestandes an Kenntnissen in wohl jedem der Fächer; der Erwerb solcher Grundkenntnisse kann durch eine vorzeitige Abwahl von Fächern gefährdet werden.

Außerdem könnte bei sehr großer Wahldifferenzierung die Gefahr entstehen, dass in den einzelnen Kursgruppen nicht mehr das notwendige Mindestmaß an gemeinsamen, für jeweils alle Schüler eines Kurses vorauszusetzenden Kenntnissen vorhanden ist.“ (S.24/25)

3. Motiv: Die Gesamtschule sollte eine „Bessere Förderung“ möglich machen.

Begründung: „Im bisherigen Schulsystem ist die Leistungsdifferenzierung fachübergreifend, das heißt: sie erfolgt nicht Fach für Fach, sondern generell. Die Tatsache sehr unterschiedlicher Leistungen ein und desselben Schülers in verschiedenen Fächern spricht jedoch dafür, eine Differenzierung nach der Eignung der Schüler Fach für Fach - also als fachspezifische Leistungsdifferenzierung durchzuführen. [...]

Gegenüber den mit einer fachspezifischen Leistungsdifferenzierung gegebenen Förderungsmöglichkeiten ist eine fachübergreifende Leistungsdifferenzierung wie die unseres bisherigen Schulwesens pädagogisch wie volkswirtschaftlich uneffektiv.“ [...] (S.26)

Kommentar: Das Versprechen, die integrierte Gesamtschule würde die „**pädagogisch wie volkswirtschaftlich**“ **effektivere Schulform** sein, konnte nicht eingelöst werden. Sie ist absurderweise die teuerste aller Schulformen geworden, hat aber die niedrigste „Förder-Leistung“.

Die Eltern leistungsstärkerer Schüler erkannten, noch bevor die Bildungsforschung es zugab, dass ihre Kinder an dieser Schule nicht begabungsgerecht gefördert werden und schickten sie lieber zu Realschulen und Gymnasien. Manche Gesamtschulen sind daher keine „Gesamtschulen“ mehr, sondern in Wirklichkeit „*viel zu kompliziert organisierte Hauptschulen in Ganztagsform*“.

„Einwände gegen die Gesamtschule“: *„Die fachspezifische Differenzierung in der Gesamtschule kann jedoch auch die Gefahr mit sich bringen, dass ein einseitig begabter Schüler in einem Fach zu sehr differenzierten geistigen Leistungen erzogen wird, während er in einem anderen Fach auf dem Status eines unmündigen Lernschülers verharret. Die Folge kann verstärkte Uneinheitlichkeit der geistigen Entwicklung in den verschiedenen Fächern sein, die eine einheitliche Strukturierung der verschiedenen Lernerfahrung erschweren würde. Diese Gefahr gilt um so mehr, als es in der Gesamtschule dem Schüler vielleicht möglich wird, in den Fächern, in denen er schwache Leistungen zeigt, nur an den leichtesten Niveauekursen teilzunehmen, so dass ihm Herausforderungen erspart werden, derer er zu seiner Entfaltung und Förderung bedürfte.“* (S.26)

4. Motiv: Die Gesamtschule sollte zu einer „Größeren Chancengleichheit“ führen.

Begründung: *„In der Mittelstufe unseres gegenwärtigen Schulsystems erfolgt heute die Trennung der Schüler nach verschiedenen Schulformen mit unterschiedlichen Bildungszielen. Damit werden die Schüler auf ihren weiteren Bildungsweg in einem Alter festgelegt, in dem sich ihre Eignung noch nicht eindeutig ermitteln lässt und in dem die soziale Herkunft der Schüler für den Schulerfolg noch weitgehend bestimmend ist. [...]“*

Die Gesamtschule soll diese soziale Ungerechtigkeit überwinden, indem Formen der Differenzierung geschaffen werden, die die Motivation des Schülers stärker herausfordern und die Entscheidung über den Bildungsweg nicht mehr auf einen zu frühen Zeitpunkt festlegen. [...]“ (S.27)

Kommentar: Im MPIB-Bildungsbericht 2008 berichtet Olaf Köller unter der Überschrift „*Forschungsergebnisse über die Gesamtschule*“ mit Bezug auf die Verhältnisse in NRW: *„Auch der Gesamtschule gelingt es nicht, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schullaufbahn aufzuheben oder nachhaltig zu reduzieren.“* (S.462) Ähnlich Helmut Fend in seiner LIFE-Studie.

„Einwände“ gegen die Gesamtschule: *„Gegen die schrittweise und nur auf einzelne Fächer beschränkte Auslese in der Gesamtschule wird eingewendet, dass sie bei Schülern mit früh erkennbarer guter Lernfähigkeit die Leistungen schwächen und die Lernmotivation behindern würde.“*

In demselben Zusammenhang bestehen Bedenken, dass den lernschwachen Schülern ein Schonraum entzogen würde und sie Konflikten und Belastungen ausgesetzt werden, die ständige Misserfolgserlebnisse zur Folge haben und frühzeitige Resignation erzeugen.“ (nachträgl. unterstrichen)

Kommentar: Persönliche Erfahrungen, welche diesen Einwand bestätigten, gehören zu den Gründen meines Engagements in der Gesamtschul-Diskussion. Dabei entstand dann eine ausführliche Dokumentation über die „*Benachteiligung der Benachteiligten*“ (www.schulformdebatte.de).

Optimale Lösungen gibt es in der Frage des Übergangs-Zeitpunktes nicht, es gibt nur den optimierten Kompromiss - und ab da die Optimierung des vereinbarten Kompromisses..

Die Erfolge der Regelungen in Baden-Württemberg haben bestätigt: Der Übergang nach vier Jahren Grundschule und die Empfehlungen der Grundschule, gekoppelt mit zentral entwickelten Eignungstest, und - gegebenenfalls - weitere Beratungen führen dort zu einer Optimierung der „Schullaufbahnen“.

In Baden-Württemberg gibt es daher nicht die vielen „Rückläufer“, welche die Arbeit in den Hauptschulen erschweren. Manche NRW-Hauptschulen haben im 9. Jahrgang doppelt so viele Klassen oder doppelt so große Klassen wie im 5. Jahrgang. Damit sind auch die tüchtigsten Lehrer überfordert. Aber Zumutbarkeit und Bekömmlichkeit waren seit 1969 wohl nie ein Kriterium für geplante Reformen.

Die Grundschule funktioniert nur wegen ihres „retardierten Curriculums“ (F. E. Weinert). Das ist nicht bekannt. - Veröffentlichungen von Professor Dr. Kurt Heller und anderen zeigen: Ab dem 10. Lebensjahr muss sich die „Leistungsschere“ öffnen dürfen, was Eltern und Großeltern allemal bestätigen.

5. Motiv: Die Gesamtschule soll „Soziale Erfahrung“ möglich machen.

Begründung: *„Schulen mit großer sozialer Homogenität entsprechen nicht einer offenen Gesellschaft. Sie verstärken vielmehr die Beharrungstendenzen der einzelnen Sozialschichten. Spiegelt ein hierarchisch aufgebautes Schulsystem die Schichtenstruktur der Gesellschaft, so wirkt es zu Gunsten einer Erhaltung der sozialen Ungleichheiten. Trotz einiger Auflockerungen sind im dreiteiligen Schulsystem die verschiedenen Schulzweige immer noch von großer sozialer Homogenität.“*

Zwar sind in der Eingangsstufe der Gymnasien heute auch die unteren Sozialschichten stärker vertreten. Doch ist die Quote der vorzeitigen Abgänger unter diesen Schülern so hoch, dass mindestens die Oberstufe noch immer eine einseitige soziale Ausprägung der Schülerschaft zeigt.

Gemeinsame soziale Erfahrung in der Gesamtschule soll nicht die Anpassung an ein harmonistisches Gemeinschaftsdenken erzielen. Die Begegnung der verschiedenen Sozialschichten in der gemeinsamen Schule kann vielmehr zur Entdeckung und zum Bewusstwerden der sozialen Unterschiede führen. Soziale Konflikte können artikuliert und gemeinsam diskutiert werden.

Die Schüler gewinnen eher die Einsicht, dass die in der Familie selbstverständlichen Lebensformen nicht naturgegeben und unveränderlich sind. Die Distanz, die so gegenüber der eigenen Herkunft und den bisher unreflektierten Lebensformen gewonnen werden kann, kann zugunsten einer Individualisierung wirken.“ (S.29/30; ungekürzt, nachträglich unterstrichen)

Kommentar: Jüngeren Lesern dürfte kaum noch auffallen, dass der letzte Satz ein verstecktes Zitat aus der damals reanimierten Ehe- und Familienkritik von Karl Marx ist.

Die Begründungen des 5. Motivs wirken reichlich dürftig, sehr bemüht und herangezogen. Erst später wurde, durch Gerold Becker (1972-1985 Leiter der Odenwaldschule) und andere, das „Soziale Lernen“ zu dem eigentlichen Versprechen der Gesamtschule, mit dessen Einlösung die offenkundigen Defizite beim fachlichen Lernen aufgewogen werden sollten: eben durch eine intensivere Vermittlung von „Sozialer Kompetenz“, von Schlüsselqualifikationen wie „Teamfähigkeit“, eben durch das „andere Lernen“.

Aber auch dieses Versprechen konnte nicht eingelöst werden. Die Hoffnung, Defizite im fachlichen Lernen würden an integrierten Gesamtschulen zumindest beim sozialen Lernen ausgeglichen, hat sich nicht erfüllt. *„Es gibt keine Hinweise, dass die ungünstigen Leistungsentwicklungen durch besondere überfachliche Leistungen kompensiert werden können.“* So vorgetragen von Jürgen Baumert und Olaf Köller am Schluss ihres höchst aufschlussreichen Vergleichs von Gesamtschülern und von Schülern anderer Schulformen, die vergleichbare „intellektuelle und soziale Ausgangsbedingungen“ hatten. (Pädagogik 6/1998, S.17)

„Einwände“ gegen die Gesamtschule“: *„Es kann die Gefahr entstehen, dass die Zielsetzung der sozialen Integration in der Gesamtschule zu einem sachfremden Erziehungsauftrag der Schule wird, der einen verstärkten Anpassungsdruck auf alle Schüler zur Folge hat. Das könnte geradezu einen Verlust an persönlichem Profil und an Individualisierungsmöglichkeiten zur Folge haben. Außerdem könnte die fortschreitende Auflösung des Klassenverbandes mit seiner klaren und kontinuierlichen Gruppenstruktur und seinen festen Kameradschaftsbeziehungen dazu führen, dass die Schule nicht mehr den Stabilisierungsbedürfnissen der Schüler entspricht.“ (S.30; nachträglich unterstrichen)*

Kommentar: Die mit dem letzten Satz beschriebenen Auswirkungen des Kurssystems waren 1993 eine der Motivationen für das Abfassen meines Erfahrungsberichtes und meines weiteren Engagements in der Schulform-Debatte.

Meine Vorbehalte waren zunächst rein pädagogischer Natur. Denn meine persönlichen Erfahrungen hatten mir gezeigt: Der in Deutschland im Jahre 1964 ausgerufenen „Bildungsnotstand“ war längst durch einen erheblich problematischeren „Erziehungsnotstand“ wenn nicht abgelöst, so doch überlagert worden ist. Und dem kann die Gesamtschule, eben wegen der konzeptionsbedingten Aufsplitterung des Klassenverbandes, nicht intensiv genug entgegensteuern.

Die von Olaf Köller im 2. BIJU-Bericht (1996, S.21-23) vorgetragene Feststellung, dass an den NRW-Gesamtschulen die egoistischen Motivationen zunehmen und die altruistischen Motivationen abnehmen, bestätigte die in den „Einwänden“ referierten kritischen Vorbehalte von 1968.

Olaf Köller, im Jahre 1996: „Die günstigsten Entwicklungsverläufe zeigen sich dabei für die Real- und Gymnasialschüler mit steigendem Altruismusmotiv bei gleichzeitig sinkendem Egoismus- und Konformitätsmotiv.“ - „Schließlich zeigen sich auf der Gesamtschule insgesamt die ungünstigsten Verläufe: Hier lässt sich ein Anstieg des Egoismus- bei simultanem Absinken des Altruismusmotivs feststellen. Es wird Aufgabe der weiteren Auswertung unserer Studie sein, Erklärungen für diese Unterschiede nachzugehen.“ (Köller, im 2. BIJU-Bericht 1996, S.23)

Eine der Ursachen für diese Defizite beim sozialen Lernen ist nach unseren Erfahrungen die durch die Fachleistungs-Differenzierung erzwungene Aufsplitterung der Klassenverbände. Sie behindert die pädagogische Begleitung der Schüler durch die Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer.

In einem Interview mit dem „Westfalenblatt“ (27.03.97) gab Sabine Gruehn (bis 1998 Mitarbeiterin im BIJU-Team, jetzt Professorin an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster) bezüglich der Ursachen dieser „ungünstigen Verläufe“ folgende Erklärung: „Erste vorsichtige Einschätzungen deuteten auf das Kurssystem als eine der Ursachen hin. Klassen werden auseinandergerissen. Es gibt keine stabilen Gruppen. Damit fehlt möglicherweise die enge persönliche Bindung zu Mitschülern und damit auch die Bereitschaft, ohne Vorteile für die eigene Person zu helfen.“

Das heißt im Klartext: Gesamtschulen beheben keineswegs den 1964 ausgerufenen „Bildungsnotstand“. Wohl aber verschärfen sie den alle Schulen betreffenden „Erziehungsnotstand“ noch durch einen „Beziehungsnotstand“.

Zusammenfassung: In einem erschreckenden Maße haben sich insbesondere aus der Sicht der im Gesamtschul-System arbeitenden Lehrerinnen und Lehrer die in den „Einwänden“ referierten kritischen Vorbehalte von 1968 Punkt für Punkt bewahrheitet.

Die fünf „Motive für die Einführung der Gesamtschule“ hießen: „Eine wissenschaftliche Schule für alle“ - „Individualisierung des Lernens“ - „Bessere Förderung“ - „Größere Chancengleichheit“ und „Soziales Lernen“.

Unter diesen gutgemeinten Zielen der Gesamtschul-Initiatoren ist keines, das nicht zumindest ebenso gut, wenn nicht sogar erkennbar besser, verwirklicht wird an den Schulen des gegliederten Systems, die durch die Gesamtschulen ja eigentlich hätten ersetzt werden sollen.

Die Hoffnung, eine über den 4. Jahrgang hinausgehende gemeinsame Unterrichtung der Schüler wäre für das fachliche Lernen und für das soziale Lernen effektiver als die frühe Differenzierung in getrennten Schulformen, diese Hoffnung hat sich sowohl in der Praxis wie auch in den Untersuchungen der Bildungsforschung - zumindest für Deutschland - als unerfüllbar erwiesen.

Wenn all das Geld und all der Eifer und all der gute Wille, wenn all das, was in Deutschland seit 1969 in die Gesamtschulen investiert worden ist, dem dreigliedrigen Schulwesen, vor allem aber den Hauptschulen, zugute gekommen wäre, dann stünden wir heute erheblich besser da.

Eine gut bezeugte Äußerung des ehemaligen Kultusministers Ludwig von Friedeburg, der zwischen 1969 und 1974 die Abschaffung des gegliederten Schulwesens betrieben hatte, aus seinen späteren Jahren:

„Wenn wir damals schon gewusst hätten, was wir heute wissen, dann hätten wir das alles nicht gemacht!“